



Marco Jerczynski

Ungeschriebene
Zuständigkeiten
der Hauptversammlung
in der Aktiengesellschaft



Inhaltsverzeichnis

1. Kapitel. Einleitung und Gang der Untersuchung	17
2. Kapitel. Historische Entwicklung und heutiges gesetzlich ausgestaltetes Verhältnis von Vorstand und Hauptversammlung	21
A. Die Entwicklung der Aktiengesellschaft bis zum AktG 1937	21
I. Die Ursprünge des Aktienwesens im 17. und 18. Jahrhundert.....	22
II. Die Verfassung der Kompanien im 17. und 18. Jahrhundert	23
III. Die Missbrauchsmöglichkeiten.....	24
IV. Die Entwicklung des Aktienwesens im 19. Jahrhundert bis zum ADHGB 1861	24
V. Die Verfassung der Aktiengesellschaften in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.....	25
VI. Die Fortschreitung des Gesellschaftsmisbrauchs.....	28
VII. Die weitere Entwicklung des Aktienwesens bis 1884.....	29
VIII. Die Verfassung der Aktiengesellschaften nach der 1. Aktienrechtsnovelle von 1870	30
IX. Der anhaltende Gesellschaftsmisbrauch.....	30
X. Die Entwicklung des Aktienwesens von der 2. Aktienrechtsnovelle 1884 bis zum AktG 1937.....	31
XI. Die Verfassung der Aktiengesellschaft nach der 2. Aktienrechtsnovelle 1884	32
XII. Der Missbrauch der Gesellschaftsform trotz erstmaliger detaillierter Regelungen.....	33
XIII. Die Neugestaltung der Verfassung der Aktiengesellschaft durch das AktG 1937	33
B. Die heutige Verfassung der Aktiengesellschaft	34
I. Die Zuständigkeit des Vorstands	35
1. Geschäftsführung und Leitung der Gesellschaft	35
2. Vertretung der Gesellschaft.....	38
a) Grundsatz der Unbeschränktheit der Vertretungsmacht, § 82 I AktG	38
b) Ausnahmen und Besonderheiten	39
aa) Gesetzliche Ausnahmen	39
bb) Lehre vom Missbrauch der Vertretungsmacht	40
(1) Sittenwidriges Zusammenwirken, § 138 I BGB	42

(2) Einwendung wegen unzulässiger Rechtsausübung, § 242 BGB	43
cc) Rechtsgeschäfte unter Beteiligungsgesellschaften	45
(1) Teleologische Reduktion von § 82 I AktG	45
(a) Bildung von ungleichen Fallgruppen innerhalb des vom Wortlaut eröffneten Anwendungsbereichs	46
(b) Rechtfertigung einer Ungleichbehandlung	50
(2) Ergebnis.....	52
II. Die Zuständigkeit der Hauptversammlung	52
1. Gesetzlich bestimmte Fälle der Zuständigkeit	53
2. Durch Satzung regelbare Fälle	53
3. Möglichkeiten der Einflussnahme auf das Handeln des Vorstands	55
a) Einflussnahmemöglichkeit über die Bestimmung des Unternehmensgegenstands.....	55
aa) Umfang und Grenzen der Konkretisierung des Unternehmensgegenstands	56
(1) Schutzfunktionen des Unternehmensgegenstands ..	57
(2) Folgerungen für den Konkretisierungsgrad	58
bb) Bindung des Vorstands an den Unternehmensgegenstand.....	60
(1) Pflicht zur Ausfüllung des Unternehmensgegenstands	60
(2) Begrenzung des Handlungsspielraums.....	61
(3) Rechtsfolgen eines Handelns außerhalb des Unternehmensgegenstands	65
b) Einflussnahmemöglichkeit über §§ 83 II, 119 II AktG	65
aa) Regelungszweck und Rechtsfolgen von § 119 II AktG ..	66
bb) Pflicht des Vorstands zur Ausführung des Beschlusses..	66
cc) Ergebnis.....	69
C. Zusammenfassung und Ergebnisse	70
3. Kapitel. Rechtsbeeinträchtigungen der Aktionäre und Erfordernis von ungeschriebenen Zuständigkeiten der Hauptversammlung.....	73
A. Handeln des Vorstands innerhalb des durch die Satzung festgelegten Tätigkeitsbereichs, §§ 82 II, 179 AktG.....	74
I. Grenzen des Vorstandshandelns ohne eine Ermächtigung in der Satzung zur Beweisungsverwaltung	75

1.	Erfordernis einer statutarischen Ermächtigung zur Beteiligungsverwaltung?.....	75
2.	Ergebnis.....	81
II.	Grenzen des Vorstandshandelns bei Vorliegen einer statutarischen „Konzernklausel“.....	81
1.	Der Unternehmensgegenstand als sachliche Tätigkeitsbeschreibung.....	81
2.	Die inhaltliche Reichweite der Konzernklausel.....	84
a)	Maßnahmen zur Gegenstandsausfüllung ausschließlich durch Beteiligungsverwaltung / Tätigkeit der Gesellschaft als Vollholding.....	84
b)	Zulässiger Anteil von Beteiligungsverwaltungsmaßnahmen / Tätigkeit der Gesellschaft als Teilholding.....	85
3.	Ergebnis.....	87
B.	Handeln des Vorstands innerhalb seiner Vertretungsmacht, §§ 78 I, 82 I AktG.....	87
I.	Vertretungsmachtbegrenzungen im UmwG.....	88
II.	Vertretungsmachtbegrenzungen im AktG.....	90
1.	Verpflichtung zur Übertragung des ganzen Gesellschaftsvermögens, § 179a AktG.....	90
a)	Schutzzweck der Norm.....	91
b)	Anwendungsbereich.....	92
c)	Folgerungen.....	94
2.	Abschluss von Unternehmensverträgen, §§ 291 ff. AktG.....	94
a)	Anwendungsbereich der §§ 291, 292 AktG.....	94
b)	Sinn und Zweck der Beschlusszuständigkeit.....	96
c)	Folgerungen.....	98
3.	Maßnahmen der Kapitalerhöhung, §§ 182 ff. AktG.....	99
a)	Arten der Kapitalerhöhung gegen Einlagen.....	99
b)	Sinn und Zweck der Beschlusszuständigkeit.....	100
c)	Schutz aus § 186 AktG.....	101
d)	Folgerungen.....	104
III.	Zusammenfassung.....	104
C.	Auswirkungen der Maßnahmen auf die Rechte der Aktionäre.....	105
I.	Die Verkürzung von mitgliedschaftlichen Verwaltungsrechten.....	106
1.	Das Stimmrecht, §§ 12 I S. 1, 133 ff. AktG.....	106
2.	Das Auskunftsrecht, § 131 AktG.....	109

3. Die Entlastung, § 120 AktG	112
4. Die Kontrollrechte, §§ 142 ff. AktG	114
II. Beeinträchtigung des Gewinnverwendungsrechts, §§ 58, 174 AktG	115
III. Beeinträchtigung von Gläubigerrechten der Aktionäre	119
D. Erfordernis von weiteren Beschlusszuständigkeiten neben den gesetzlichen Mitteln zum Schutz der beeinträchtigten Interessen	120
I. Verweis auf Ersatzansprüche zur Kompensation des Wertverlustes.....	121
II. Ausreichender Schutz durch Satzungsgestaltungen	122
E. Zusammenfassung und Ergebnisse	125
4. Kapitel. Zulässigkeit und Umfang von ungeschriebenen Zuständigkeiten der Hauptversammlung	127
A. Zulässigkeit von weiteren Zuständigkeiten neben § 119 I AktG	127
B. Rechtsgrundlage ungeschriebener Zuständigkeiten	129
I. Abgeleitete Zuständigkeit aus einer Vorlagepflicht aus § 119 II AktG.....	130
II. Herleitung aus Art. 14 I GG.....	133
III. Analogien zu einzelnen Vorschriften des AktG und UmwG oder offene Rechtsfortbildung?	135
1. Ausgangspunkt: Schließungsbedürftige Gesetzeslücke.....	136
2. Methodischer Ansatz zur Lückenschließung: Analogie oder offene Rechtsfortbildung?	139
3. Einzelanalogien zu zuständigkeitsbegründenden Vorschriften des UmwG.....	145
4. Einzelanalogien zu zuständigkeitsbegründenden Vorschriften des AktG.....	151
a) Analogie zu § 179a AktG	151
b) Analogie zu §§ 182 ff. AktG	152
c) Analogie zu § 293 AktG	155
d) Analogie zu § 179 AktG	157
e) Ergebnisse und Folgerungen.....	159
5. Gesamtanalogie zu den zuständigkeitsbegründenden Vorschriften des AktG und UmwG.....	159
C. Schutzzweck und qualitative Voraussetzungen ungeschriebener Beschlusszuständigkeiten.....	164
I. Die Stellung des Aktionärs im AktG	164
II. Kontrolle anhand vergangener und aktueller Rechtsetzungsakte.....	170

D. Einschränkungen nach quantitativen Kriterien	176
I. Der Prüfungsmaßstab.....	177
1. Bestimmung des wirtschaftlichen Gewichts anhand einzelner Kriterien	177
2. Bestimmung des wirtschaftlichen Gewichts anhand einer Gesamtschau	181
3. Die maßgebliche Bezugsgröße.....	184
II. Die Höhe des wirtschaftlichen Gewichts.....	185
E. Zusammenfassung und Ergebnisse	190
5. Kapitel. Anwendung der Ergebnisse auf einige grundlegende Maßnahmen des Vorstands	193
A. Vorstandsmaßnahmen in der eigenen Gesellschaft.....	193
I. Konzernierungsmaßnahmen	194
1. Die Ausgliederung von Vermögensgegenständen	194
2. Umstrukturierungsmaßnahmen	196
3. Der Beteiligungserwerb.....	199
4. Die Beteiligungsveräußerung.....	201
II. Die Veräußerung von sonstigen Vermögensgegenständen	206
III. Die Beantragung der Zulassung zum Börsenhandel / Going Public	207
IV. Die Beantragung des Widerrufs der Börsenzulassung / Delisting	211
1. Aktienrechtliche Begründung	212
2. Verfassungsrechtliche Begründung.....	214
B. Maßnahmen in Konzerngesellschaften	218
I. Ausreichende Legitimation der Vorstandshandlungen durch vorherigen Beschluss über die Konzernierungsmaßnahme.....	218
II. Qualitative und quantitative Anforderungen an zustimmungspflichtige Maßnahmen in der Konzerngesellschaft.....	221
III. Zusätzliche Beschlusszuständigkeit der Hauptversammlung der Konzerngesellschaft.....	224
IV. Einzelne Maßnahmen in Konzerngesellschaften.....	227
1. Konzernierungsmaßnahmen	227
2. Vermögensveräußerungen der Tochtergesellschaft an Dritte	230
3. Die Kapitalerhöhung	232
4. Der Börsengang und –rückzug.....	237

5. Sonstige Maßnahmen	239
C. Zusammenfassung und Ergebnisse	240
6. Kapitel. Ergebnisse der Untersuchung	243